Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Złoty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Gr. von auswärts 12 Gr., Reklamezeile 40 Groschen. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 10 | **Sonntag, den 22. Januar 1928** | **77. Jahrgang**

Unsere Aufgaben und Ziele

Der Minderheitenblock an seine Wähler

Im Jahre 1922 haben wir zum ersten Mal in Polen, zum ersten Mal in den von vielen Nationen bewohnten Staaten Europas überhaupt — einen Wahlblock aller sogen. nationalen Minderheiten gebildet. Die von uns aufgerufenen Volksmassen der verbündeten Nationalitäten haben solidarisch ihre Stimmen für die von uns aufgestellten Kandidaten abgegeben. Zu schanden wurden die Anstrengungen der Blockgegner. Nichts half die Agitation der Parteien, die alles aufwandten, um unter uns Zerwürfnisse herbeizuführen und die Gegensätze der Nationalitäten zu verschärfen. Der Block siegte überall, wo das nationale Bewußtsein, wo das Bewußtsein der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes um die jeder Nationalität zustehende parlamentarische Vertretung sich jeglicher Wühlarbeit, sich den Täuschungen oder Schikanen entgegenstellte.

Unserem Beispiel folgten dann die nationalen Minderheiten in anderen Staaten, selbst die polnische Minderheit nicht ausgeschlossen. Der Gedanke an den gemeinsamen Kampf um das Recht der freien Entwicklung aller bedrückten Nationalitäten fand in ganz Europa Gehör und führte zur Organisation von Nationalitäten-Kongressen, die bereits dreimal in Genf zusammentraten.

Jetzt, da wir wieder zu den Wahlen schreiten, erneuern wir unser technisches Wahlbündnis und rufen wiederum unsere Volksmassen auf, für die Liste aller nichtpolnischen Nationalitäten zu stimmen, die um ihre nationalen und bürgerlichen Rechte kämpfen. Die Wahlordnung vom Jahre 1922, die uns alle benachteiligte, indem sie uns die Möglichkeit nahm, eine unserer Zahl entsprechende parlamentarische Vertretung zu wählen, ist unverändert geblieben. Als man im Sejm versuchte, die Wahlordnung abzuändern, da sollte diese Aenderung zum Schaden für die nationalen Minderheiten erfolgen. Die allgemeine Lage unserer Nationalitäten hat sich seit dem Augenblick des erstmaligen Wahlbündnisses nur wenig geändert. Unsere grundsätzlichen Forderungen fanden keine Berücksichtigung. Der Kampf um die uns zustehenden Rechte darf daher nicht unterbrochen werden. In diesem Kampf wird unser Zusammenschluß zu einem mächtigen Wahlblock den Beweis dafür erbringen, wie stark wir sind.

Auf die Nachricht von der Erneuerung unseres Wahlbündnisses hat sich in der polnischen Oeffentlichkeit ein wahrer Sturm erhoben. In der Presse mangelte es nicht an Warnungen und auch an Drohungen. Man versucht die einen einzuschüchtern, die anderen durch Versprechungen zu gewinnen. Der Block sollte zerschlagen werden, noch bevor er zu arbeiten begann. Man spricht uns das Recht des Zusammenschlusses zwecks gemeinsamen Kampfes zur Erlangung einer entsprechenden parlamentarischen Vertretung ab. Schon unser Zusammenschluß wird als ein Vergehen gegen den Staat hingestellt. Man will uns schwächen, um uns auf Gnade und Ungnade der herrschenden Mehrheit auszuliefern, und will hierauf die weitere gegen uns gerichtete Politik aufbauen. Alle Bürger sollen das Recht haben, sich in Wahlblocks zusammenzuschließen, nur wir nicht. Dies ist ein Beweis mehr dafür, daß wir als Bürger zweiter Kategorie behandelt werden, die jene Rechte nicht genießen dürfen, welche den der herrschenden Nation zugehörenden Bürgern zustehen. Hierin erblicken wir eine Wiederholung jenes unglücklichen Gedankens, der die Staatsbürger in Herrschende und Beherrschte, in Bedrückende und Bedrückte teilt, jenes Gedankens, der die Ursache aller Zwietracht war.

Wir kämpfen um die unbedingte Gleichheit aller Bürger im Staate. Wir streben die Beseitigung jeglicher nationaler Bedrückung an. Der kommende Sejm soll die heute bestehende Verfassung einer Revision unterziehen. Daher muß jede Nationalität eine möglichst starke Vertretung in den Sejm und Senat entsenden, die für den Schutz der Ideale und Belange aller Nationalitäten einzutreten hat.

Unter dieser Losung erneuern wir den Block der nationalen Minderheiten. Wir sind uns dessen gewiß, daß unsere Volksmassen in stärkerer Zahl als im Jahre 1922 uns Gefolgschaft leisten werden. Wir rufen deshalb zum Kampfe gegen Unrecht und Volkesnot auf.

Niemand fehle in unseren Reihen! Niemand lasse sich abschrecken, niemand durch eitle Versprechungen verleiten! Ein jeder muß wissen, daß es um nichts Geringeres, als um das Schicksal seines Volkstums geht, um dessen Existenz, um die Möglichkeit, einen erfolgreichen Kampf um das Recht auf Entwicklung zu führen.

Hinweg mit aller nationalen Unduldsamkeit und Bedrückung!

Auf zum Kampfe um eine gebührende parlamentarische Vertretung!

Warschau, im Januar 1928.

Das Zentralwahlkomitee des Blocks der Nationalen Minderheiten in Polen.

Im Namen der Ukrainer:

1. Dr. Dymytro Lewickyj — Präses der U. N. D. O.
2. ehem. Sen. Mychajlo Czerkawskyj.
3. ehem. Abg. Paul Wasynczuk.

Im Namen der Weißrussen:

1. ehem. Sen. Wiaczeslaw Bogdanowicz.
2. ehem. Abg. Fabian Jeremicz.
3. Jan Pozniak.

Im Namen der Juden:

1. ehem. Abg. Izaak Grünbaum.
2. ehem. Abg. Maksymilian Apolinary Hartglas.
3. Dr. Cembach Szabad — Präses der Demokr. Volkspartei.

Im Namen der Deutschen:

1. ehem. Sen. Erwin Hasbach.
2. ehem. Abg. Robert Piesch.
3. ehem. Abg. Josef Spickermann.

Aufmarsch

In allen Zeitungen, die den nationalen Minderheiten Polens zur Verfügung stehen, erscheint heute der Wahlaufruf des Minderheitenblocks, unterzeichnet von den Beauftragten der vier Parteien, die sich zu dem Block zusammengeschlossen haben. Das sind die Ukrainer, die diesmal durch den Anschluß der ostgalizischen Undo — ihre Angehörigen sind im Jahr 1922, als die Frage der Staatszugehörigkeit Ostgaliziens noch nicht endgültig entschieden war, der Wahl ferngeblieben —, die stärkste Minderheitengruppe sein dürften, ferner die Weißrussen, die Juden und die Deutschen. In dem Wahlaufruf ist einer der wesentlichsten Gründe dafür, daß der Minderheitenblock für die bevorstehenden Wahlen erneuert wurde, hervorgehoben. Der neue Sejm soll weitgehende Aenderungen der Verfassung und eine Aenderung des Wahlgesetzes beschließen. Im Sinn einer freiheitlichen Entwicklung des Staatsgrundgesetzes und einer im guten Sinn demokratischen Umgestaltung des Wahlgesetzes werden diese Aenderungen bestimmt nicht gehalten sein. Das weiß man aus vielen Ankündigungen der Regierung und der ihr nahestehenden Parteien und aus den vielen Versuchen, die die stärksten Parteien des vergangenen Sejm unternommen haben, um in das Wahlgesetz noch mehr als die darin schon enthaltenen Bestimmungen zum Zweck der Herabminderung der Wahlaussichten der nationalen Minderheiten hereinzubringen.

Wenn diesen Versuchen, die darauf abzielen, die Grundrechte der nationalen Minderheiten weiter einzuschränken, mit einiger Aussicht auf Erfolg entgegengetreten werden soll, so müssen die Minderheiten dafür sorgen, daß sie im neuen Sejm und Senat möglichst stark sind. Wenn sie alle für sich allein vorgehen, schwächen sie ihre Aussichten in allen den Wahlkreisen, in denen Angehörige verschiedener nationaler Minderheiten wohnen — und das sind in Kongreßpolen nicht wenige —, und sie verringern vor allen Dingen ihre Aussichten auf Erringung von Mandaten auf die Staatsliste, deren Sitze, wie man weiß, in Polen nicht danach berechnet werden, wie groß die Zahl der Reststimmen der einzelnen Parteien aus den Wahlkreisen ist, sondern nach der Zahl der Mandate, die die Parteien in den Wahlkreisen errungen haben. Die starken Parteien erhalten danach also auch den größeren Teil der 72 Staatslistensitze. Daß diese Art der Berechnung dem Grundsatz der ausgleichenden Gerechtigkeit zuwiderläuft, auf der der Gedanke der Staatsliste hervorgegangen ist, liegt auf der Hand. Ebenso verstößt gegen den im Verhältniswahlsystem liegenden Grundgedanken die Bestimmung des Wahlgesetzes, nach der nur solche Parteien bei der Vergebung der Staatslistensitze berücksichtigt werden, die in mindestens sechs Wahlkreisen Abgeordnete durchgebracht haben.

Die Nachteile, die durch diese Bestimmungen für die nationalen Minderheiten geschaffen worden sind, können ganz überhaupt nicht ausgeglichen werden. Aber man kann sie herabmindern dadurch, daß man die nationalen Minderheiten zahlenmäßig stärkt, ihnen also möglichst viele Sitze in den Wahlkreisen verschafft und diese Sitze als auf eine einzige Liste errungen berechnet. Die Möglichkeit, diesen Ausgleich zu erzielen, bietet allein die Schaffung des Minderheitenblocks, dessen einzelne Gruppen für sich allein schwach sind, die aber als geschlossener Wahlblock in den Wahlkreisen so viele Mandate erobern können, daß die Zahl der Staatslistensitze verhältnismäßig groß wird. Für die Deutschen hat sich das bei der Wahl von 1922 darin gezeigt, daß von ihren insgesamt 17 Sejmsitzen vier auf die Staatslisten errungen wurden, die sie niemals erreicht hätten, wenn sie allein gegangen wären. Auch die 68 Sejmmandate, die der Minderheitenblock insgesamt erzielt hat, wären erobert worden, wenn die einzelnen Minderheiten getrennt vorgegangen wären.

Die polnischen Parteien, die bei der Annahme der hier gekennzeichneten minderheitenfeindlichen Bestimmungen des Wahlgesetzes durch den verfassunggebenden Sejm die ausschlaggebende Rolle gespielt haben, haben gar kein Hehl daraus gemacht, daß die Absicht der Schädigung der Minderheiten dabei maßgebend war. Ebenso wenig haben sie sich gescheut, voll Stolz zu verkünden, daß auch bei der Wahlkreiseinteilung der Gedanke der Schädigung der nationalen Minderheiten maßgebend war. Dabei ist man dann so verfahren, daß Kreise mit starken nationalen Minderheiten, wo es irgend möglich war, nicht zu selbständigen Wahlkreisen gemacht, sondern an benachbarte Wahlkreise mit rein polnischer Bevölkerung aufgeteilt wurden. Und schließlich hat man in den Wahlkreisen, in denen Gruppen nationaler Minderheiten wohnen, die Zahl der Abgeordneten so gering bemessen, daß nur die stärkeren polnischen Parteien die wenigen Mandate erhielten.

In diesem Sinn wird der neue Sejm zweifellos weiter zu arbeiten versuchen. Was insbesondere der Wojewodschaft Schlesien in dieser Beziehung bevorsteht, weiß man aus dem in den vergangenen Jahren schon aufs nachdrücklichste

Chamberlain über die Lage in Europa und China

London. Ueber die Außenpolitik der englischen Regierung und die Lage in China sprach sich Freitag der englische Außenminister Chamberlain aus. Als wichtigsten Schritt für eine bessere Wendung der Dineg in Europa bezeichnete Chamberlain die Dawesregelung, wobei er seinem Vorgänger Macdonald einen Tribut zollte. Nach dreijähriger Amtszeit der gegenwärtigen Regierung dürfe er sagen, daß Europa sich heute in einem friedfertigerem Zustand befinde als vor drei Jahren. Nicht nur die ehemaligen Alliierten seien eng miteinander verbunden in Freundschaft und Vertrauen, sondern arbeiteten zusammen mit dem Feinde der Kriegszeit an der Wiedergutmachung der Schäden des Krieges. Auf China eingehend betonte Chamberlain, daß die Lage richtig zu beurteilen glaube wenn er sage, daß sie heute weniger kritisch sei als vor einem Jahre. Die Gefahr einer aktiven antiausländischen Einstellung der revolutionären Bewegung sei mit dem Nachlassen des russischen Einflusses auf die nationalistische Partei geschwunden. Die englische Regierung halte an ihrer Politik der friedfertigen Zusammenarbeit fest. Si ekönnen nicht zulassen, durch Gewalt ihrer Vertragsrechte beraubt zu werden, sei aber in jedem Augenblick bereit, in großzügigem Geiste mit jedermann, der für das chinesische Volk spreche, in seinem Namen Bindungen eingehen und sie auch durchführen könne, über die Ablösung der alten Vertragsrechte durch neue Abmachungen zu verhandeln, die den rechtmäßigen Forderungen des chinesischen Volkes für die Entwickelung seines nationalen Gedankens und seiner Unabhängigkeit Rechnung trügen.

*

London. In Birmingham hielt heute Sir Austen Chamberlain eine Rede, in der er betonte, daß es zwei einander gegenüberstehenden Ansichten für die Völkerbundsidee gebe. Die eine betrachte den Völkerbund als ein phantastisches Spiel und eine Schule oder als eine reine Verwaltungstribüne ohne irgendwelchen praktischen Nutzen. Die andere huldigte der falschen Ansicht, der Völkerbund, zehn Jahre alt, sei eine Institution, die niemand zu ignorieren wagen könne. Den Völkerbund so zu behandeln, als ob seine Geburt und sein Wachstum ohne Einfluß auf die Entwicklung der Weltgeschehnisse wäre würde zur Katastrophe führen. Ebenso unweise würde es sein, die gegenwärtige Tätigkeit des Bundes zu überschätzen. Der Wert des Völkerbundes liege zwischen beiden Ansichten. Er werde vielleicht niemals eine unbedingte Garantie des Weltfriedens sein. Der Völkerbund könne den Frieden nicht garantieren, aber er fördere den Geist der Zusammenarbeit zwischen den Führern der verschiedenen Nationen und gerade diese Tatsache sei von größter Bedeutung. Der Völkerbund sei die größte pazifistische Einrichtung. Er glaube, daß der Völkerbund im Laufe der Jahre sich zu einer großen Friedensmacht entwickeln werde und daß alle Nationen mit dieser Körperschaft zu rechnen haben.

Völkerbundseinspruch gegen Ungarn

Bukarest. Ueber die gegen Ungarn gerichtete Demarche beim Völkerbund ist zwischen den Kabinetten der kleinen Entente ein Uebereinkommen erzielt worden. Die Regierungen werden separate Noten beim Völkerbund einreichen. Titulescu soll die Angelegenheit auf der Märztagung des Völkerbundes zur Sprache bringen.

verfochtenen Plan, ihr das benachbarte Industriegebiet Kongreßpolens anzugliedern. Wenn solchen Versuchen überhaupt mit Aussicht auf Erfolg entgegengetreten werden kann, so nur dann, wenn die parlamentarischen Gruppen gegen deren Wählermassen sie gerichtet sind, so stark wie irgend möglich im Sejm vertreten sind. Die einzelnen nationalen Minderheiten für sich allein können diese zahlenmäßig möglichst starke Vertretung nicht durchbringen. Aber sie können eine Zahl von Abgeordneten, die wenigstens annähernd ihrem Anteil an der Bevölkerung Polens entspricht, durchbringen, wenn sie als ein einheitlicher Wahlblock auftreten. Für die Wahlen von 1922 wurde dieser Minderheitenblock gegründet in einer im August 1922 in Warschau abgehaltenen Versammlung bevollmächtigter Vertreter aller Minderheiten. Daraus, daß die uns drohenden Gefahren weiterer Entrechtung diesmal noch erheblich größer sind, ergab sich ohne weiteres die Notwendigkeit, den Minderheitenblock zu erneuern.

Sein Wahlaufruf ist erschienen. Die gemeinsame Staatsliste des Blocks wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. In den Wahlkreisen sind die einzelnen Gruppen des Blocks selbständig. Dort wo Deutsche wohnen, werden die Wahlkreislisten von den deutschen Wahlgemeinschaften aufgestellt und und enthalten nur die Namen Deutscher. Wenn an der Spitze der gemeinsamen Staatsliste Ukrainer und Juden stehen, so ergibt sich das ohne weiteres daraus, daß diese nationalen Minderheiten stärker sind als die Deutschen. Der ukrainisch-weißrussische Klub hatte im alten Sejm 33 Abgeordnete, die Vereinigung jüdischer Abgeordneter war 37 Mann stark. Der deutsche Klub zählte 17 Mann. Wenn also auf der Staatsliste der erste Deutsche auch erst an dritter oder vierter Stelle steht, so haben wir trotzdem Aussicht, wieder vier deutsche Staatslistensitze zu erringen. Voraussetzung dafür ist, daß am 4. und 11. März auch der letzte Deutsche an die Wahlurne gebracht wird. Um das zu erreichen, muß noch eine Arbeit geleistet werden, von deren Größe und Schwierigkeit sich nur die eine Vorstellung machen, die darin stecken. Sie allein können sie nicht bis zum Ende durchführen. Sie brauchen Hilfe von allen, die Arbeit zu leisten imstande sind und auch nur eine Stunde täglich Zeit haben. An sie geht unser Ruf. Kommt und helft!

Die verwaiste Minderheitenabteilung

Zur Neubesetzung des Direktorpostens.

Genf. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind gleich nach der Rückkehr des Generalsekretärs des Völkerbundes aus London die Verhandlungen zur Neubesetzung des Postens des Direktors der Minderheitenabteilung des Völkerbundssekretariates aufgenommen worden. Die Entscheidung wird sich jedoch noch einige Zeit hinauszögern, da die Wahl einer geeigneten Persönlichkeit nach wie vor größte Schwierigkeit bereitet. Die zunächst vielgenannte Kandidatur einer bekannten schweizerischen Persönlichkeit wird jetzt als unzutreffend bezeichnet. Der Kreis der für die Auswahl eines Leiters der Minderheitenabteilung in Frage kommenden neutralen Staaten ist außerordentlich gering. In Frage kommen nur solche Staaten, die eine Minderheitenbewegung nicht kennen und auch die Minderheitenverträge nicht unterzeichnet haben. Somit beschränkt sich die Auswahl ausschließlich auf die skandinavischen Staaten, Holland, die Schweiz und die lateinamerikanischen Mächte. Man nimmt an, daß die Verhandlungen, bis zum März so weit gediehen sein werden, daß der Völkerbundrat auf der Märztagung die Ernennung des neuen Leiters vornimmt. Es ist jedenfalls dringend zu fordern, daß die Leitung dieser so außerordentlich wichtigen Abteilung des Völkerbundssekretariats nicht noch länger unbesetzt bleibt.

Litauen zur Kabinettsbildung in Lettland

Kowno. Im Zusammenhang mit der Bildung des lettischen Kabinetts beschäftigt sich die offiziöse „Lietuva“ mit der wieder aktuell gewordenen Frage des baltischen Fünfbundes mit Polen an der Spitze. Das Blatt stellt fest, dß es schon immer die Meinung vertreten habe, daß die baltischen Staaten ihr Heil keineswegs an der Weichsel finden können. Auch jetzt bringe jeder Tag Beweise dafür, daß es für die baltischen Staaten höchst gefährlich sei, sich in irgendwelche Kombinationen gegen die großen Nachbarn im Osten und Westen einzulassen. Die Zukunft und Kraft der baltischen Staaten liege in ihnen selbst. Die oppositionelle „Lietuvos Zinios“, die sich ebenfalls mit dem Kabinett Juraschewski beschäftigt, glaubt nicht, daß dem neuen Kabinett eine lange Lebensdauer beschieden sein würde, da es über keine sichere Mehrheit verfüge.

Tschiangkaischeks nächste Aufgaben

Reorganisation der Kuomintang

Peking. Wie aus Nanking gemeldet wird, hat das offiziöse Nachrichtenbüro der Regierung das Programm Tschiangkaischek zur Reorganisation der Kumintang veröffentlicht. Danach will Tschiangkaischek: Einberufung der Nationalversammlung in Südchina, Einführung der zentralistischen Verwaltung im Lande, Kampf gegen den Kommunismus, Einführung des festen Achtstundentages in den Industrien, Gesetzgebung über den Arbeiterschutz nach deutschem Muster, Aufhebung aller ungleichen Verträge und Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion unter der Bedingung der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Das Programm soll auf dem nächsten Parteikongreß zur Sprache gebracht werden.

Bruch zwischen Kanton und Nanking

Hongkong. Zwischen Kanton und der Nankingregierung ist es nun zum Bruch gekommen. Eine in Kanton abgehaltene Konferenz dortiger Politiker hat beschlossen, die Beziehungen zu Tschiankaischek abzubrechen und eine eigene Regierung einzusetzen. Als Grund wird angegeben, daß Tschiankaischek dem Gegner Kantons, den linksstehenden General Tschangfakwei, unterstütze, während gleichzeitig Agenten Nankings in Kanton Unruhen schürten. Unmittelbar nach dem Bruch zwischen Kanton nud Nanking sind zwei Kuomintangführer, der Außenminister Wu und Sunfu in Kanton eingetroffen, um sich der dortigen Richtung anzuschließen.

Frankreichs Antwort an Amerika

Paris. Die französische Antwortnote an die Vereinigten Staaten, die bereits seit einigen Tagen ausgearbeitet vorliegt, wurde heute vom französischen Ministerrat behandelt und ihr endgültiger Wortlaut festgelegt. Wann die Note abgesandt wird, steht im Augenblick noch nicht fest. Die Nachmittagspresse glaubt zu wissen, daß die Absendung bereits heute abend erfolgen wird, während an zuständiger französischer Stelle erklärt wird, daß der genaue Termin noch nicht festgelegt sei. Obgleich der genaue Inhalt der Note noch nicht bekannt ist, glaubt man zu wissen, daß die französische Regierung nochmals auf die Frage zurückkommen werde, warum ein vielseitig abgeschlossener Vertrag die Aufrechterhaltung der zuerst gewählten Formel des Verbots einer jeglichen Art von Kriegsführung unmöglich macht und warum es wohl möglich sei, nur Angriffskriege zu verhüten. Andererseits werde die Note erneut auf die Verpflichtung hinweisen, die Frankreich übernommen hätte und die es genau einhalten müsse.

*

Paris. Wie in den späten Abendstunden mitgeteilt wird, ist die französische Antwort auf die letzte Note Kelloggs dem französischen Botschafter in Washington übermittelt worden. Die Veröffentlichung der Note wird erst nach der Uebergabe an die Regierung der Vereinigten Staaten erfolgen.

Südamerikanische Kritik an Coolidge

New York. Die jetzt vollzählig vorliegenden südamerikanischen Pressestimmen über die Coolidgerede in Havana zeigen eine zumeist sehr starke Kritik an ihr, da die Nikaraguaintervention Amerikas zur Coolidgerede in Havana in völligem Widerspruch stehe.

Wie aus Havana gemeldet wird, erklärte der neugewählte Vorsitzende des Konferenzausschusses für internationales Recht, der Delegierte von Salvador, Guerrero, daß er für alle internationalen Streitfragen auf dem amerikanischen Kontinent das Schiedsgerichtsverfahren begünstige. Dafür reiche aber das Haager Schiedsgericht völlig aus. Guerrero gab zu, daß er auch für Nikaragua einen Schiedsspruch befürworte. Er selbst erwarte eine lebhafte Ausschußdebatte über den Begriff einer Intervention.

„Abrüstung“

Erhöhung des tschechoslowakischen Militäretats.

Prag. Freitag vormittag fand eine Sitzung des Wehrausschusses im tschechoslowakischen Parlament statt. Der Verteidigungsminister begründete die Notwendigkeit der Erhöhung des Militärhaushalts von 1370 Millionen auf 1400 Millionen Kronen infolge Anschaffungen für das Flugwesen, für die Artillerie und für Schießplätze. Zu der Waffenlieferung nach China betonte der Minister, daß der Staat damit nichts zu tun habe und daß die Lieferung auf ganz legalem Wege erfolgte. Bezüglich der Flugschüler dieser Station teilte der Minister mit, daß künftighin eine noch sorgfältigere Auswahl der Flugschüler erfolgen werde, die auf Grund vertraulicher Erwägungen über die politische Verläßlichkeit der Flugschüler vor sich gehen werde.

Rücktritt des norwegischen Ministeriums

Berlin. Wie ein Berliner Blatt aus Oslo meldet, hat das Ministerium im Laufe eines am Freitag vormittag abgehaltenen Staatsrates sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Mit der Neubildung des Kabinetts ist der Führer der Bauernpartei, Mellbye, beauftragt worden.

Belgiens Unzufriedenheit mit den französischen Verhandlungen

Brüssel. Ein Komitee von 5 Ministern hat den Bericht des Außenministers van Langenhove über die Pariser Verhandlungen entgegengenommen. Das Komitee prüfte eingehend die noch offenstehenden Fragen, überließ jedoch die endgültige Beschlußfassung dem am Montag zusammentretenden Ministerrat.

Wie verlautet, ist die Opposition gegen den Vertrag sehr stark und wird das Parlament wahrscheinlich die Unterzeichnung des Vertrages durch die Regierung ablehnen.

Dr. Wirth bei Doumergue

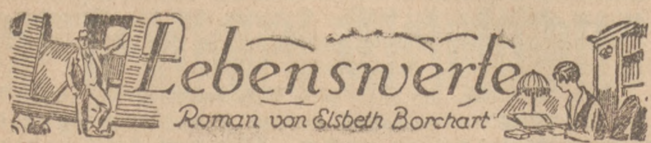
Berlin. Ein Berliner Blatt meldet aus Paris: Der ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth wurde am Donnerstag nachmittag zusammen mit dem Botschafter von Hoesch vom Präsidenten der Republik, Doumergue, in besonderer Konferenz empfangen.

Kommunistenverhaftungen in Ungarn

Budapest. Ueber die Freitag erfolgte Verhaftung von 22 Kommunisten wird bekannt, daß die Polizei in 17 Provinzstädten auf die Spur einer „bolschewistischen“ Organisation gekommen ist. Der Leiter dieser neuen kommunistischen Verschwörung, der in Wien wohnt, nennt sich einmal Josef Stern, ein anderesmal Richard Weiß. Die kommunistischen Agitatoren kleiden sich von ihrer bisherigen Gepflogenheit abweichend, um nicht aufzufallen, sehr elegant und vornehm und reisen auf der Eisenbahn D 1. Klasse. Die Polizei setzt ihre Erhebungen mit großem Apparat fort.

Der Stahlhausbau.

Bei der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen soll im Januar eine Sitzung im größeren Rahmen stattfinden, die der Information über die Stahlhausbauten der dem Stahlwerksverband angehörenden Firmen gewidmet ist. Von dieser Prüfung haben die Hypothekenbanken ihre Stellungnahme zu der neuen Baumethode abhängig gemacht. Die von Firmen, die dem Stahlwerksverband angehören, errichteten Stahlhäuser kosten im Durchschnitt etwa 24 Mark je Kubikmeter umbauten Raumes für Einzelhäuser, halbunterkellert, bei schlüsselfertiger Uebergabe. Der Uebergang zum Dreischichtensystem in der Stahlindustrie wird eine erhebliche Anzahl neuer Siedelungen für zusätzliche Arbeitskräfte notwendig machen. Voraussichtlich wird aus diesem Anlaß zum ersten Male der Stahlhausbau in größeren Serien zur Verwendung kommen.



61. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Am anderen Tage fühlte sie sich elend zum Sterben. Sie schloß sich in ihr Zimmer ein, wollte niemand sehen und verweigerte jede Nahrung. Kurt kam auch heute nicht; sie wußte nicht, wo er war, und sie erschrak bei jedem Schritt, der draußen laut wurde. Einmal mußte er doch wieder kommen. Auch die von drüben, vom linken Flügel, kamen nicht. Ulli, die sonst die Verbindung herstellte, hatte heute anderes vor, was sie selbst vor der Freundin geheim hielt. Seit Baron Redwitz von seiner weiten Reise ins Ausland zurückgekehrt war, hatte sie ihn des öfteren getroffen, zuerst zufällig auf dem Grenzgebiet, dann auf Verabredung. Diese heimlichen Zusammenkünfte hatten etwas außerordentlich Reizvolles für das leichtsinnige Mädchen, das in leichtem Liebesgetändel ihre besten Gefühle verausgabte und nicht im mindesten an den Ausgang dachte. Redwitz, der sich zu Ullis munterer, oberflächlicher Art mehr hingezogen fühlte, als zu Hildes schwerem, tiefem Charakter, machte schließlich Ernst daraus und begehrte Ulli zur Frau. Ulli war von dieser Werbung zuerst entzückt und beglückt. Dann aber stellte sie seinem Wunsche jetzt nach Helgendorf zu kommen und bei ihren Eltern um sie anzuhalten, allerhand Bedenken entgegen. Einmal war Hilde da, vor deren Begegnung mit Redwitz, trotz seiner Versicherung, daß er nichts mehr für Hilde empfände sie etwas Unbestimmtes fürchtete, und dann mochte sie ihre goldene Freiheit noch nicht opfern.

XX.

Der bedeutsame Tag, an dem Hans Werners Flugschiff den ersten freien Aufstieg machen sollte, war gekommen. Die Dorfstraße die nach der Fabrik führte, war mit Blumen und Ehrenpforten festlich geschmückt. Spangenheim hatte das so angeordnet trotz Hans Werners Protest. Er wollte alles feierlich und glanzvoll gestalten und dem Ereignis dadurch ein besonderes Gepräge geben. Aus Berlin, Paris und London waren Sachverständige geladen, ebenso die Gutsbesitzer der Nachbarschaft, die Offiziere aus der Garnison und von der Luftschifferabteilung aus Berlin.

Am Morgen kam Spangenheim nach Helgendorf, um Edith, die sich bisher geweigert hatte, an dem Fest teilzunehmen, noch einmal dazu zu bewegen. Es war ihm nicht entgangen, daß etwas zwischen den jungen Eheleuten stand. Ediths Weigerung, dem Aufstieg beizuwohnen, ärgerte ihn und er beschloß, ihr heute gründlich den Kopf zurechtzusetzen.

Edith stürzte ihm bei seinem Eintritt mit einem leidenschaftlichen Aufschluchzen entgegen und warf sich an seine Brust.

„Aber Kind — Herzchen, was hast du denn?“ fragte er erschrocken und strich zärtlich über ihr Haar.

„Mir ist so bange. Papa.“

„Warum bange?“

„Weil — ihr aufsteigen wollt — Wenn irgend etwas —“

„Unsinn, Kind,“ unterbrach er sie, „wenn ich auf alles so fest bauen könnte als auf Hans Werners Werk! Es wird ein grandioses Schauspiel werden, sage ich dir — die ganze Nachbarschaft — die Offiziere — Sachverständige werden dem Aufstieg beiwohnen — du wirst dich nicht ausschließen wollen.“

„Doch Papa — du weißt, daß ich mich in den letzten Tagen nicht wohl fühlte — die Aufregung würde mir ernstlich schaden.“

„So — darum. Wird Kurt kommen?“

„Ich — weiß es nicht.“

„Sag mal.“ Er zog Edith näher an sich heran.

„Deinem alten Vater kannst du es doch eingestehen: Gab es etwas zwischen dir und ihm?“

„Nein,“ erwiderte sie schroff.

„Na, dann ist's gut. — Was ich noch sagen wollte — ja — ich würde es natürlich gern gehabt haben wenn du deinen Vater in die Lüfte steigen sähest — aber wenn du nicht magst — na, hören wirst du es wenigstens. In dem Augenblick wo die Glocke der Dorfkirche läutet, steigt der Apparat mit uns auf.“

„Was? Die Glocke soll läuten? — Das — das ist ja wie zu einem Begräbnis,“ stieß Edith, schreckensbleich werdend, hervor.

„Du siehst heute immer Gespenster, Kindchen, und wie blaß du geworden bist! Jetzt glaube ich wirklich, daß du krank bist. Schone dich nur, rege dich nicht auf und mache dir keine dummen Gedanken. Warst doch sonst nicht so! Das Glockenläuten habe ich bestellt, um der Sache mehr Feierlichkeit zu geben — was ist denn dabei?“

Edith antwortete nicht. Was sollte sie auch sagen? Sie wußte, daß sie ihren Vater nicht von dem abbringen konnte, was er sich einmal in den Kopf gesetzt hatte, und wenn es auch ein frivoler Scherz war. Spangenheim aber nahm sie lachend in seine Arme.

„Ihr jungen Frauen — mit euch weiß man nie so recht — haha — na, ich muß aber jetzt eilen — leb wohl!“

Edith schluchzte noch einmal auf.

„Dummes Mädel,“ brummte er und küßte sie auf die Stirn, dann ging er.

Als Edith allein war, sank sie wie gebrochen auf einen Stuhl und schluchzte herzzerreißend.

*

Die Gäste waren versammelt. Wagen reihte sich an Wagen auf dem großen Felde, das zum Flugplatz und Aufstieg des Flugschiffes ausersehen war.

Von weit her waren sie gekommen, aus Berlin und anderen großen Städten, aus der ferneren und nächsten Umgebung. Man sah nicht nur zahlreiche Fachleute, bekannte Flieger, sondern auch den Landadel, Offiziere und Industrielle aus den Kreisen Spangenheims. Es galt, etwas Neues bisher Unerreichtes auf dem Gebiet der Luftschiffahrt in Augenschein zu nehmen. Das Flugschiff, als modernes Verkehrsmittel, mit D-Zug-Speise- und -Schlafwagen ausgerüstet, bot nicht nur allen erdenklichen Komfort für die Reisenden, sondern sollte auch eine glatte Fahrt, die jede Seekrankheit ausschloß, gewährleisten. Außerdem hatte es die Fähigkeit, an jedem beliebigen Ort, zu jeder Zeit und bei jedem Wetter und jeder Luftströmung gefahrlos zu landen und wieder aufzusteigen.

(Fortsetzung folgt.)

Pleß und Umgebung

Provokateure an der Arbeit!

In Mysiowitz und wohl auch an anderen Orten wurden gestern und heute zu vielen Tausenden folgende Flugzettel verteilt:

An die

deutsche Mitbürgerschaft!

Die Wahlen sind vor der Tür . . . Wir lassen Euch Deutsche jedes Recht und Gleichberechtigung . . . . aber wehe Euch, wenn Ihr wieder in die alten Sünden verfallet und versuchen solltet unsere polnischen Kameraden mit Geld und Versprechungen zu bestechen.

Wir sind über die kleinsten Machenschaften Eurer Agitatoren, die mit Geld und verführerischen Lockmitteln an unsere Brüder herankommen und versuchen, unseren Landsleuten ihr Vaterland verächtlich zu machen, genau informiert.

Hiermit warnen wir Euch . . . wird sind unerbittlich gut organisiert und führen genaue Listen Eurer Verbrecher.

Und diejenigen, die den Judaslohn annehmen, kommen auf besondere Listen und werden dementsprechend behandelt.

Dies zur Warnung!

Das Schwarze Komitee.

Es lohnt kaum, sich mit dem Geschwafel, durch das die deutschen Wähler eingeschüchtert werden sollen, zu beschäftigen. Wir wissen, daß man auf polnischer Seite noch bei jeder Wahl, von der Volksabstimmung angefangen, mit solchen Mitteln gearbeitet hat. Besonders gut bekannt sind uns die „genauen Listen unserer Verbrecher". Zuletzt sind sie auf rätselhafte Weise den Leuten in die Hände gespielt worden, die man mit der Aufgabe betraut hatte, die Zahl der Anmeldungen zu den Minderheitsschulen herabzudrücken. Sie haben damals „tüchtig" gearbeitet, aber mit dem Erfolg waren die Auftraggeber nicht zufrieden. Sie werden es diesmal noch weniger sein.

St. Vinzent. Vinzent ist ein am 22. Januar gefeierter Taufname. Dieser Tag ist von wetterprophetischer Bedeutung. Das zeigt folgende Bauernregel: „Wie dass Wetter am St. Vinzent war, wird es sein das ganze Jahr."

Stadtverordnetensitzung. Die erste Sitzung der Stadtverordneten im neuen Jahre findet, wie uns mitgeteilt wird, Donnerstag, den 26. Januar, statt.

Ein neuer Bezirk der Kreiskrankenkasse. Für die Eisenbahner in Kobier, Tichau, Podlesie und Emanuelssegen, die in Kostuchna, Wygorzelle, Jaroschowitz, Cielmitz, Zwakow und Glinka wohnen, ist in Tichau ein eigener Krankenbezirk gebildet worden; Kreiskrankenkassenarzt für diesen Bezirk ist Dr. Krynicki in Tichau. Für die kranken Eisenbahner sind die Sprechstunden werktäglich von 8—10 Uhr vormittags und von 2—4 Uhr nachmittags. An Sonn- und Festtagen empfängt der Arzt nur in ganz dringenden Fällen.

Theater. Donnerstag, den 19. d. Mts., abends 8 Uhr, veranstaltete die DeutscheTheatergemeinde für Polnisch-Oberschlesien im „Plesser Hof" eine Theatervorstellung. Das Bielitzer Ensemble spielte das 4aktige Lustspiel „Die deutschen Kleinstädter", von August von Kotzebue. Die Darsteller entledigten sich ihrer Rollen in anerkennender Weise und verdienten Beifall. Das Publikum kam auf seine Rechnung und amüsierte sich bestens. Diesmal war das Haus viel besser besucht als die letzten Male. Schließlich sei noch mitgeteilt, daß Pleß während dieser Saison stets vom Bielitzer Ensemble versorgt werden wird.

Landwirtschaftlicher Kreisverein Pleß. Der Landwirtschaftliche Kreisverein Pleß hält Dienstag, den 24. Januar, nachmittags 4 Uhr, eine Sitzung im Hotel Fuchs ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Ein Bericht des Oberförsters Meyer aus Kobier über den Verlauf der Försterprüfung im Herbste 1927, ein Referat des Tierzuchtdirektors Fluer aus Kattowitz über „Leistungsfütterung des Milchviehes unter Berücksichtigung der Rentabilität.

Gesangverein. Montag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, findet die Probe im Vereinslokal statt. Sonnabend, den 28. Januar, wird das Vereinsvergnügen im „Plesser Hof" abgehalten. Der Abend besteht aus zwei Teilen; der erste Teil bringt musikalische Darbietungen, der zweite Teil ist dem Tanze gewidmet. Die Einladungen an Mitglieder und Gäste gehen dieser Tage heraus. Das Eintrittsgeld beträgt a) für Mitglieder 1 Zloty, für die Familie 2 Zloty; b) für Nichtmitglieder 1.50 Zloty, für die Familie 3 Zloty. Eintrittskarten sind im Vorverkauf beim „Plesser Anzeiger" zu haben. Zu der Probe am Montag wird vollzählige Beteiligung erwartet.

Herabsetzung des Milchpreises. Der Preis für ein Liter Milch ist von 50 auf 46 Groschen herabgesetzt worden.

Wochenmarkt. Der Wochenmarkt am Freitag zeigte ziemlich regen Besuch und genügende Beschickung. Gezahlt wurden für Butter 2.50—3.00 Zloty, Weißkäse 70, ein Ei 28—30 Groschen. Für Gemüse wurden bisherige Preise gefordert. Obst wird so gut wie gar nicht mehr auf den Markt gebracht. Auch in Geflügel ist das Angebot schwach; allenfalls waren Hühner zu haben zum Preise von 3—5 Zloty.

Altdorfer Waisenhaus. Sonntag, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet im evangelischen Waisenhause Altdorf eine Bibelstunde statt.

Tichau. Der Kreisfeuerwehrverband Pleß hält Sonntag, den 22. d. Mt., in Tichau eine Delegiertentagung ab, woran alle Ortsfeuerwehren des Kreises vertreten sein sollen.

Urbanowitz. Der Arbeiter Klima aus Urbanowitz kam in der Zellulosefabrik Czulow, wo er arbeitet, der Leitung des elektrischen Motorszu nahe und wurde auf der Stelle getötet.

Die Beschlagnahme bestätigt.

2. J. 41/27.

Wypis.

Orzeczenie.

Na podstawie art. 76 Rozporządzenia Prezydenta Rzeczypospolitej z dnia 10-go maja 1927 r. o prawie prasowem poz. 398, Dz. U. Rz. P. Nr. 45, 2. Izba Karna Sądu Okręgowego w Katowicach poza ustną rozprawą na dniu 16-go stycznia 1928 r. po wysłuchaniu Prokuratora

orzekła:

Zatwierdza się zajęcie czasopisma „Anzeiger für den Kreis Pless" z dnia 13-go stycznia 1928 r., Nr. 6 — albowiem ustęp kończący artykułu p. t. ‚Welche Aussichten haben wir im Wahlkampf" zawiera znamiona przestępstwa z § 131 i§ 360 lit. 11 u. k. i art. 1., 2. rozporządzenia Prezydenta Rzeczypospolitej z dnia 10-go maja 1927 r., poz. 399, Dz. U. Rz. P. Nr. 45 przez rozszerzanie nieprawdziwych wieści mogących wywołać niepokój publiczny i wyrządzić szkodę Państwu, wobec czego zajęcie jest uzasadnione po myśli art. 73 i 38 na wstępie cytowanego Rozporządzenia Prezydenta Rzeczypospolitej a nadto, gdy cytowany wyżej artykuł p. t. „Welche Aussichten haben wir im Wahlkampf" jest przedrukiem z czasopisma ‚Der Oberschlesische Kurier" z dnia 12-go stycznia 1928 r. ukazujący się na pierwszej stronicy tego czasopisma p. t. „Schlesien im Polnischen Sejm" i artykuł ten został zajęty przez Dyrekcję Policji w Król. Hucie.

Zatwierdzenie konfiskaty całego Nr. 6 pisma p. t. „Anzeiger für den Kreis Pless" po myśli § 58 ust. prasowej jest uzasadnione.

Zakazuje się rozpowszechnianie zajętego wyżej wyszczególnionego pisma.

Orzeczenie niniejsze doręcza się 1. Prokuratorowi, 2. Starostwu w Pszczynie, 3. wydawcy, 4. odpowiedzialnemu redaktorowi czasopisma, a nadto wywiesza się w Sądzie i ogłasza w gazecie urzędowej a zarazem nakazuje się ogłoszenie zajęcia z zachowaniem warunków art. 30 i 33 wspomnianego rozporządzenia Prezydenta Rzeczypospolitej w czasopiśmie ‚Anzeiger für den Kreise Pless".

Katowice, dnia 18-go stycznia 1928 r.
Sąd Okręgowy, 2. Izba Karna.
(—) Zdankiewicz. (—) Dr. Niwiński.
Wypisano:
Katowice, dnia 18-go stycznia 1928 r.
Podpis: nieczytelne.
Sekretarz Sądu Okręgowego.

Schlesischer Sejm

Gegen die Fälschungen der Wählerlisten. — Die schuldigen Beamten sollen zur Verantwortung gezogen werden.

Die Donnerstag-Sitzung des Schlesischen Sejm, die 171. in ihrer Reihe, sollte eigentlich den Wirtschaftsfonds endgültig regeln, doch hat es wieder Herr Janitzki vorgezogen, eine solche Art von Verbesserungen einzubringen, daß sich die Rechts- und Budgetkommission nochmals mit dem „ewigen" Projekt wird beschäftigen müssen, und es steht nicht fest, ob das Gesetz wirklich einmal in dritter Lesung seine Erledigung finden wird.

Der Antrag des Wojewodschaftsrats, betreffend die Aufnahme eines 100-Millionen-Kredits zu Investitionszwecken für die Wojewodschaft wurde in erster Lesung der Budgetkommission überwiesen.

Das Gesetz betreffend die Amasation — Abrundung beziehungsweise Zusammenfassung — von Grundstücken, welches auch auf die Wojewodschaft Schlesien ausgedehnt werden soll und über welches der Abgeordnete Palarczyk referierte, wurde in zweiter Lesung angenommen; die dritte Lesung wurde durch Einspruch des Deutschen Klubs hinausgeschoben.

Der Dringlichkeitsantrag der Christlichen Demokratie auf Uebernahme der Zahlung der Wohnungsmieten durch die Gemeinden für Arbeitslose wurde der Sozial- und Budgetkommission überwiesen, nachdem der Abgeordnete Foikis sich gegen die Uebernahme der Lasten durch die Gemeinden ausgesprochen hat.

Die beiden Gesetzesprojekte, betreffend die Dienstordnung der Kreisärzte und Veterinäre, sowie über die Abänderung bestimmter Artikel des Versicherungsgesetzes wurden der Sozialkommission überwiesen.

Der Deutsche Klub brachte einen Dringlichkeitsantrag ein, welcher vom Wojewoden fordert, daß er die Beamten, welche die nachlässige Zusammensetzung der Wahllisten verschuldet haben, zur Verantwortung ziehen solle und dafür sorge, daß das Wahlrecht den Betroffenen gesichert wird. Der Wojewode war leider nicht anwesend, als der Dringlichkeitsantrag durch Dr. Pant begründet wurde. In der meritorischen Behandlung des Antrages verwies Abgeordneter Pant darauf, daß bisher mehr als 20 000 Wähler des Stimmrechtes enthoben sind, weil ungesetzliche Einsprüche erhoben wurden, außerdem falle es auf, daß es sich bei diesem Vorgehen ausschließlich um deutsche Wähler handelt. In Myslowitz wurden deutsche Flugzettel verbreitet, die zum Terror gegen die deutsche Minderheit auffordern und diese in einer nicht zu benennenden Art beschimpfen.

Abgeordneter Biniszkiewicz unterstützt den deutschen Protest und stellt fest, daß solche Machinationen nicht allein gegen Deutsche, sondern auch besonders gegen polnische Arbeiter gerichtet sind, von denen man weiß, daß sie Anhänger der PPS. sind. So sind allein in Bielschowitz 90 Mitglieder der PPS. nicht in den Wahllisten enthalten.

Abgeordneter Kempka schließt sich dem deutschen Protest an, weiß aber nicht, ob zur Behandlung der Schlesische Sejm zuständig sei. Abgeordneter Biniszkiewicz ruft dazwischen, daß Kempka dies als Jurist unbedingt wissen müßte.

Schließlich wird der Protest mit Stimmen der Sozialisten und deutschen Klubs angenommen, während von den anderen Abgeordneten nur Kempka und Szymkowiakowna dafür stimmen, die übrigen üben Stimmenthaltung; gegen den Protest stimmt nur der Abgeordnete Foikis.

Damit war die Tagesordnung erschöpft, und die nächste Sitzung will der Sejmmarschall besonders einberufen.

Aus der Wojewodschaft Schlesien

Der neue Posttarif

Auf vielfachen Wunsch aus dem Leserkreise bringen wir noch einmal den neuen, seit dem 1. Dezember 1927 gültigen Posttarif zum Abdruck.

Vom 1. Dezember 1927 gilt ein neuer Posttarif, dessen wichtigste Sätze in folgendem aufgeführt sein sollen:

Briefe im Inlandsverkehr und im Verkehr mit der Freien Stadt Danzig:

bis zu 20 Gramm	25 Groschen
bis zu 250 Gramm	50 Groschen
bis zu 500 Gramm	80 Groschen

Im Auslandsverkehr:

bis zu 20 Gramm	50 Groschen
für jede weitere 20 Gramm	30 Groschen

Postkarten im Inlandsverkehr und im Verkehr mit der Freien Stadt Danzig:

einzeln	15 Groschen
mit Rückantwort	30 Groschen

Drucksachen im Inlandsverkehr und im Verkehr mit der Freien Stadt Danzig:

bis zu 25 Gramm	5 Groschen
bis zu 50 Gramm	10 Groschen
bis zu 100 Gramm	15 Groschen
bis zu 250 Gramm	25 Groschen
bis zu 500 Gramm	50 Groschen
bis zu 1000 Gramm	60 Groschen
bis zu 2000 Gramm nur einzeln aufgegebene Bände	70 Groschen

Im Auslandsverkehr:

für jede 50 Gramm	10 Groschen

Wertbriefe im Inlandsverkehr:

a) Gebühr für einen eingeschriebenen Brief entsprechenden Gewichts (s. unten);

b) Versicherungsgebühr für jede 100 Zloty deklarierten Wertes oder ein Teil davon 10 Groschen;

c) Zuschlagsgebühr ohne Rücksicht auf Gewicht oder Höhe des deklarierten Wertes 10 Groschen.

Pakete im Inlandsverkehr:

Gebühr vom Gewicht:

a) bis zu 1 Kilogramm	100 Groschen
bis zu 5 Kilogramm	200 Groschen
bis zu 10 Kilogramm	300 Groschen
bis zu 15 Kilogramm	500 Groschen
bis zu 20 Kilogramm	600 Groschen
b) Zuschlagsgebühren ohne Rücksicht auf das Gewicht des Pakets	10 Groschen

Postanweisungen im Inlandsverkehr:

a) bis zu 10 Zloty	15 Groschen
bis zu 25 Zloty	30 Groschen
bis zu 50 Zloty	45 Groschen
bis zu 100 Zloty	65 Groschen
bis zu 250 Zloty	90 Groschen
bis zu 500 Zloty	130 Groschen
bis zu 750 Zloty	175 Groschen
bis zu 1000 Zloty	215 Groschen
b) Zuschlagsgebühr ohne Rücksicht auf die überwiesene Summe	5 Groschen

Zahlungsgebühren:

	Inl.	Ausl.
1. Einschreiben von Briefsendungen	40 Gr.	50 Gr.
2. f. Postaufträge od. Nachn.-Send.	40 Gr.	— Gr.

Telegrammgebühren im Inlandsverkehr:

Für Ortstelegramme und gewöhnliche Ferntelegramme Gebühr für das Wort	15 Groschen
Grundgebühr für jedes Telegramm	50 Groschen
Für dringende Telegramme Gebühr für das Wort	45 Groschen
Grundgebühr für jedes Telegramm	50 Groschen

Auch die **Fernsprechgebühren** werden eine Aenderung erfahren, und zwar mit Gültigkeit vom 1. Januar 1928 mit Ausnahme der Beitritts- und Installationsgebühren, die vom Tage der Veröffentlichung der betreffenden Verordnung des Post- und Telegraphenministeriums im „Dziennik Ustaw" gelten.

Ausführliche Auskünfte werden von den Post- und Telegraphenämtern erteilt.

Militärpflicht der studierenden Jugend

Das Kriegsministerium hat im Dziennik Ustaw R. P. Nr. 56 ein Verzeichnis aller Lehranstalten in der Wojewodschaft Schlesien herausgegeben für deren Absolventen die Herabsetzung der Dienstzeit auf 1½ Jahr in Frage kommt. Es sind dies folgende Berufsschulen: 1. In Bielitz die Państwowa Szkoła Przemysłowa (zwei Abteilungen). 2. In Teschen die Państwowa Szkoła Gospodarcza Wiejskiego. 3. In Tarnowitz die Szkoła Górnicza. Hierzu gehören ferner die

Lehrerseminare Bobrek bei Teschen, Bielitz, Myslowitz, Pleß und Tarnowitz und selbstverständlich weiterhin die Abiturienten sämtlicher Gymnasien. Die Dienstzeit kann sogar auf 15 Monate herabgesetzt werden und ist dann hintereinander abzudienen.

Steueraufschub für Landwirte

Nach einer Mitteilung der zuständigen Behörden hat man von Warschau aus für diejenigen Landwirte, deren Ernte durch Hagelschlag um mehr als 40 Prozent vermindert worden ist die Frist zur Bezahlnug der Grundsteuer für das Jahr 1927 und für das 1. Quartal 1928 bis zum 1. Oktober 1928 verlängert. Zwecks Erlangung des Steueraufschubes sind sofort entsprechende Gesuche an die zuständigen Finanzämter zu richten. Allerdings werden nur Besitzer von Landwirtschaften bis zu einer Größe von 43 Hektar berücksichtigt werden können.

Rückzahlung überzahlter Kommunalsteuern

Durch Rundschreiben des Ministerium des Inneren sind die Kommunalverbände aufgefordert worden, überzahlte Steuern sofern es sich um reine Kommunalabgaben handelt, umgehend an den Steuerzahler gelangen zu lassen, und zwar gleich nach dem Entscheide über die betreffende Reklamation. Es ist jedoch zulässig, den zuviel gezahlten Betrag auf etwaige Steuerrückstände anzurechnen. Hiervon wird jedoch der betreffende Steuerzahler zu benachrichtigen sein.

Adreßbuch von Polen

Das große Adreßbuch von Polen und Fr. St. Danzig für Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft ist bereits erschienen.

Dieses Werk, welches in Polen zum zweiten Male erscheint, enthält ca. eine Million Adressen der Industrie-, Handels-, Gutsbesitzer- und anderen Kreisen, sowie Adressen der Vertreter der freien Berufe. Außerdem enthält das Buch in seinem Adressenteil genaue Beschreibung von 40 000 Ortschaften mit Angabe der Kreis-, Gemeinde-, Gerichts- und Postzugehörigkeit, sowie der nächsten Eisenbahnstation, Zahl der Einwohner, Charakteristik des örtlichen Handels, Industrie etc.

Im Branchenteil sind alle existierenden Handels- und Industrieunternehmungen bezeichnet. Der allgemeine Teil enthält eine Charakteristik des polnischen Wirtschaftslebens, wichtigere Daten betr. polnische Verfassung, ausführliche Auskünfte über Steuer-, Transport-, Zoll- und Tarifwesen in Polen usw.

Das Buch gilt als unentbehrlicher Auskunftgeber für jeden Kaufmann und Industriellen und sein Wert wurde schon im vorigen Jahre durch unsere Wirtschaftskreise genügend geschätzt, indem sie die vorige Auflage vollständig vergriffen haben.

Kattowitz und Umgebung.

Deutsche Theatergemeinde Kattowitz. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß in dem neuen Abonnement noch einige gute Plätze frei sind. Das neue Abonnement beginnt Montag, den 30. Januar mit dem reizenden Lustspiel „Ein besserer Herr“ von Hasenclever. Die Vergebung von Abonnementsplätzen erfolgt nur noch bis Mittwoch, den 25. d. Mts. einschließlich, und zwar im Geschäftszimmer des Deutschen Theaters im Stadttheater.

„Charleys Tante“, der überaus erfolgreiche Schwank von Brandon Thomas, mit Musik von Hirsch, wird auf vielseitigen Wunsch Montag, den 23. Januar, abends ½8 Uhr, wiederholt. Die Erstaufführung erzielte ein ausverkauftes Haus. Wir machen unsere Mitglieder auf die Wiederholung besonders aufmerksam, da die Nachfrage nach Karten sehr stark ist.

Ein Zusammenprall erfolgte auf der Grundmannstraße am Freitag und zwar fuhr ein Personenauto auf einen größeren Handwagen auf, gerade in dem Moment, als der betreffende Bursche, welcher den Handwagen zog, dem Auto ausweichen wollte. Der Handwagen wurde stark beschädigt, wogegen der Junge nicht verletzt worden ist.

Filmbrand. Im Kino Union geriet während einer Vorstellung ein Film in Brand infolge eines Motordefektes. Das Feuer wurde durch Angestellte des Kinos gelöscht.

Wenn man die Wohnungstür nicht verschließt. Der auf der ul. Jonas in Hohenlohehütte wohnende August Kulik, verließ seine Wohnung, vergaß aber die Tür zu verschließen. Während seiner Abwesenheit wurde der Wohnung ein Besuch abgestattet, von einem Vertreter der Einbrecherzunft, der sich lohnte. Aus einer Holzkassette entnahm der bis jetzt noch Unbekannte 315 Dollar, 340 Zloty, 3 Rentenmark und dazu noch 60 gute Zigarren. Insgesamt hat August Kulik einen Verlust von 3 200 Zloty zu beklagen.

Ein frommer Mann. Dieser Tage wurden sämtliche Opferkästen in der Marienkirche erbrochen vorgefunden. Der Spitzbube ließ sich in der Kirche einschließen und begann dann seine Tätigkeit, nachdem die Luft rein war. Durch ein Fenster hat er dann das Weite gesucht. Im Polizeibericht, dem wir diesen Vorfall entnehmen, heißt es, daß dem Spitzbuben etwa 20 Zloty in die Hände gefallen sind. Die Opferkästen waren aber doch verschlossen gewesen, wieso kommt man da ausgerechnet auf 20 Zl. Wenn nun beispielsweise an diesem Abend irgend ein übermütiger Gläubiger einen 100-Zlotyschein geopfert hätte? — Aber es scheint, daß der Pfarrherr von der Marienkirche seine Schäfchen sehr genau kennt, wenn er nur 20 Zloty erkalkuliert hatte.

Verurteilung gefährlicher Einbrecher und Hehler. In der Ortschaft Siemianowitz und Umgegend wurden in den Monaten Oktober und November v. J. unmittelbar aufeinander gegen 20 schwere und leichtere Diebstähle ausgeführt. Die Kriminalpolizei ermittelte sechs Personen, welche als eigentliche Täter und Mithelfer in Frage kamen. Bei den vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurde eine Menge Diebesgut vorgefunden und die Sachen den Geschädigten zum Teil wieder zugestellt. Vor der Strafkammer des Landgerichts Kattowitz wurde am Freitag gegen die schuldigen Personen, von denen einzelne bereits mehrfach vorbestraft waren, verhandelt. Trotz Ableugnen jeder Schuld konnten verschiedene Angeklagte in mehreren Fällen überführt werden. Es wurde festgestellt, daß die Spitzbuben als „wandernde Musikanten“ in den Häusern vorsprachen und bei dieser Gelegenheit Abdrücke von Wohnungsschlössern anfertigten, um mittels Nachschlüssel die Wohnungseinbrüche bewerkstelligen zu können. Nach einer zirka fünfstündigen Verhandlungsdauer wurden verurteilt: Franz Karwa aus Bendzin wegen schwerem Diebstahl in 5 Fällen zu 3 Jahren Gefängnis, Michael Stachon aus Neuberun wegen schwerem Diebstahl in 3 Fällen zu 1 Jahr Gefängnis, Gregor Konietzko aus Bendzin in gleichfalls 3 Fällen zu 10 Monaten, dessen Ehefrau Antonie in einem Falle zu 6 Monaten Gefängnis. Wegen Hehlerei erhielt Kaufmann Jochem Dubljon aus Bendzin 6 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Agnes Sollorz aus Biassowitz und Josef Kornas aus Kattowitz, welche wegen Hehlerei angeklagt waren, mußten mangels genügender Beweise freigesprochen werden.

Schmuggeln, — ein einträgliches Geschäft. Eine Anzahl Personen hatten sich wiederum vor der Zoll-Strafkammer des Landgerichts Kattowitz wegen Uebertretung der Zollvorschriften zu verantworten und wurden zu erheblichen Geldstrafen verurteilt. — Angeklagt waren zunächst der Invalide Frank Bubik aus Kattowitz, in dessen Wohnung bei einer Hausdurchsuchung nach vorheriger Anzeige 66.1 Kilogramm Seidenwaren, und zwar seidene Strümpfe, Hemden, Spitzen u. a. m. vorgefunden worden sind, sowie der Schlosser August Heller aus Neudorf, welcher der Polizei angeblich als Schmuggler bereits bekannt ist, mit dem inzwischen verstorbenen Stiefsohn des Invaliden B. in die Schmuggelaffäre verwickelt gewesen sein soll, und als Hauptschuldiger in Frage kam. Trotz Verneinung einer Schuld wurde Heller nach Zeugenaussagen für schuldig erkannt und zu einer Geldstrafe von 5000 Zloty bezw. pro 50 Zloty je 1 Tag Gefängnis verurteilt. Freigesprochen werden mußte der Invalide Bubik welcher von dem Vorhandensein der Schmuggelware nichts wußte. — Eine Geldstrafe von 2743 Zloty erhielt die Witwe Viktoria Swojda aus Ruda, welcher 100 Stück deutsche Zigarren, sowie 150 Stück Zigaretten und 75 Stück Zigarillos abgenommen worden sind, die über die Grenze geschmuggelt wurden. — Mit einer Geldstrafe von 2000 Zloty wurde der Erwerbslose Johann Cichy aus Bielschowitz wegen Schmuggel von 9 Kilogramm Preßtabak mittels Gespann, belegt. In allen drei Fällen wurde die Konfiskation der beschlagnahmten Schmuggelwaren aufrechterhalten.

Gegen 50 000 Zloty Kaution freigelassen. In einer großen Seiden- und Manufakturen-Schmuggelaffäre, in welche eine Reihe Kattowitzer Geschäftsleute verwickelt sind, schwebt bei der hiesigen Staatsanwaltschaft ein Untersuchungsverfahren. Man spricht von mehr als 20 Beteiligten, von denen sich 9 Personen seit längerer Zeit in Untersuchungshaft befinden. Ein Teil der Mitschuldigen, soll über die Grenze entflohen sein. Inzwischen mußte der sich in Untersuchungshaft befindliche Teilhaber einer Kattowitzer Firma, der Kaufmann Heinrich Stern, welcher an einer schweren Lungenentzündung erkrankt ist, gegen Stellung einer Kaution von 50 000 Zloty aus der Haft vorläufig entlassen werden.

Börsenkurse vom 21. 1. 1928
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8 91¾ zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	47.003 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	212.75 zł
	1 Dollar	=	8.91¾ zł
	100 zł	=	47.093 Rmk.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht. Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55. Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten 15,30 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus 22. Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst

Sonntag, den 22. Januar. 8,30—9,30: Uebertragung aus Gleiwitz: Morgenkonzert. — 11,00: Katholische Morgenfeier — 12,00: Unterhaltungskonzert. — 14,00: Rätselfunk. — 14,10: Uebertragung aus Gleiwitz: Stunde des Landwirts. — 14,40: Schachfunk. — 15,20: Funkkasperles Kindernachmittag. — 16,00: Konzert. — 17,00: Abt. Sport. — 17,30: Minnelieder und Sprüche des Mittelalters. — 18,50: Junge Erzähler. — 20,00: Schubert-Abend. — 21,10: Volkstümliches Konzert. — 22,30—24,00: Tanzmusik auf Schallplatten.

Montag, den 23. Januar. 16,30—18.00: Unterhaltungskonzert. — 18,00: Uebertragung aus Gleiwitz: Abt. Literatur. — 18,30: Abt. Wirtschaftsgeschichte. — 19,00: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19,05—19,35: Die Uebersicht. Berichte über Kunst und Literatur. — 19.45—20,10: Blick in die Zeit. — 20,10: Uebertragung auf dem Deutschlandsender (Welle 1250): Lustiger Abend mit Josma Selim und Dr. Ralph Benatzky. Anschließend: Die Abendberichte und Abt. Technik.

Kattowitz — Welle 422

Sonntag. 9,00: Uebertragung aus der Kattowitzer Kathedrale. 12,00: Uebertragung aus Warschau. 14,00: Vorträge. 14,40: Konzert. 15,15: Uebertragung aus Warschau. 17,20: Versch. Berichte. 17,40: Uebertragung aus Posen. 18,30: Berichte. 18,45: Vorträge. 20,30: Konzert.

Krakau — Welle 422.

Sonntag. 12,15: Uebertragung aus Warschau. 14,00: Vorträge. 15,15: Uebertragung aus Warschau. 17,40: Uebertragung aus Posen. 18,45: Vorträge. 20,30: Uebertragung des Konzerts aus Warschau und Posen. 22,00: Uebertragung aus Warschau. 22,30: Konzertübertragung.

Posen — Welle 280,4.

Sonntag. 10,15: Uebertragung aus der Posener Kathedrale. 12,00: Vortrag. 15,15: Uebertragung des Symphoniekonzertes aus Warschau. 18,30: Kinderstunde. 19.10: Vorträge. 20,30: Konzertabend von Posen und Warschau. 22,00: Berichte. 22,30: Jazzmusik.

Warschau — Welle 1111.

Sonntag. 10,15: Uebertragung aus der Posener Kathedrale. 12,10: Konzert der Warschauer Philharmonie. 14,00: Vorträge. 15,00: Berichte. 15,15: Konzertübertragung aus Warschau. 17,40: Uebertragung aus Posen. 18,45: Vorträge. 20,30: Abendkonzert. 22,00: Tägliche Berichte. 22,30: Uebertragung von Tanzmusik.

Wilna — Welle 405.

Sonntag. 10,15: Uebertragung aus Warschau. 18,45: Vortrag. 19.10: Berichte. 20,30: Uebertragung aus Warschau. 22.30: Tanzmusik.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.